



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 04.04.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 7. April 2025

Fokusthemen: **Gesundheit**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen in zweiter Lesung über Änderungen des Gesundheitsgesetzes und des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz befinden. Danach stehen eine umstrittene Fristerstreckung für die Berichterstattung zu einer Motion und die Abschreibung eines Postulats auf der Traktandenliste. Anschliessend wird der Rat bis zum Ende der Sitzung Vorstösse behandeln, welche die Gesundheitsdirektion betreffen.

Kantonsrat soll Oberaufsicht über Notfalldienst ausüben

Keine lange Diskussion ist in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Gesundheitsgesetzes zu erwarten ([KR-NR. 150/2019](#)). In der zweiten Lesung geht es meistens nur noch um formelle Präzisierungen der Redaktionskommission (REDKO), die unumstritten sind, bevor in der Schlussabstimmung abschliessend über die Vorlage beschlossen werden kann. Der Kantonsrat hat in erster Lesung beschlossen, dem Kantonsrat die Oberaufsicht über die Organisation und die Durchführung des Notfalldienstes zuzuweisen. Die dazu nötige Änderung des Gesundheitsgesetzes basiert auf einer Motion von AL, SVP und Grünen, mit der eine Stärkung der Aufsicht über den Notfalldienst gefordert wurde.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Schlussabstimmung zur Erhöhung des Kantonsanteils an der IPV auf 100 Prozent

Ebenfalls rasch zur Schlussabstimmung kommen dürfte es in der zweiten Lesung zu einer Änderung des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz ([KR-Nr. 368/2022](#)). Die Redaktionskommission (REDKO) hat an der Vorlage keine Änderung vorgenommen. Der Kantonsrat hat in erster Lesung beschlossen, den Kantonsanteil an der individuellen Prämienverbilligung (IPV) von 80 auf 100 Prozent des Bundesbeitrags zu erhöhen. Ursprung der Gesetzesänderung ist eine parlamentarische Initiative von SP, Grünen, AL und EVP, mit der eine Erhöhung des Kantonsanteils auf 120 Prozent des Bundesbeitrags gefordert wurde.

REDKO-Präsidentin: Christa Stünzi (GLP, Horgen), 079 771 76 63

Umstrittene Fristerstreckung zur Beantwortung der Motion zu Führungsorganen der Anstalten

Meistens ohne Diskussion gewährt der Kantonsrat dem Regierungsrat eine Fristerstreckung zur Beantwortung von Vorstössen. Nicht so in Zusammenhang mit einer von der ehemaligen SP-Kantonsrätin Esther Straub eingereichten Motion. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat «lediglich» mit 6 zu 5 Stimmen, die vom Regierungsrat beantragte Fristerstreckung zu genehmigen ([KR-Nr. 240/2021](#)). Mit der Motion wird der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat in einer Sammelvorlage die nötigen Gesetzesanpassungen für klarere Kriterien zur Bestellung der Führungsorgane der selbständigen kantonalen Anstalten zu unterbreiten. Die Umsetzung der Motion erfordert die Klärung gesetzestechnischer Fragen, die Abstimmung mit anderen laufenden Gesetzgebungsverfahren sowie die Ausarbeitung einer Reihe von Vorlagen zu Änderungen der betroffenen Gesetze. Dies war laut Regierungsrat innerhalb der ordentlichen Frist nicht möglich, weshalb die Frist um ein Jahr verlängert werden soll. Eine Kommissionsminderheit (SP, GLP, Grüne und AL) beantragt, die Frist nicht zu erstrecken. Sie ist der Auffassung, dass es dem Regierungsrat

möglich gewesen wäre, dem Kantonsrat fristgerecht einen Antrag vorzulegen. Dies, weil allein kantonale Regelungen betroffen waren und keine anderen Gesetzgebungsprozesse, zum Beispiel auf Bundesebene, abgewartet werden mussten.

GPK-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22
Minderheit: Pia Ackermann (SP, Zürich), 079 774 22 33

Postulat zur Entlastung von Eltern schwerkranker Kinder soll abgeschrieben werden

Keine lange Diskussion dürfte die Abschreibung eines Postulats der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) betreffend «Schaffung einer stationären Einrichtung zur temporären Entlastung von pflegenden Angehörigen schwerkranker Kinder» auslösen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die KSSG beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, ihr eigenes Postulat als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 367/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, das Zusammenwirken von ambulanten und stationären Angeboten für schwerkranke Kinder auf kantonaler Ebene zu fördern. Dabei sollte explizit auf das Bedürfnis der pflegenden Eltern nach temporärer Entlastung Rücksicht genommen werden. Der Kantonsrat hat 6 Millionen Franken für das Kinderhospiz Flamingo gesprochen, welches 2026 seinen Betrieb aufnehmen wird (5932). Die Gesundheitsdirektion begleitet und unterstützt dieses Projekt. Eine Kommissionsminderheit kritisiert, dass die Finanzierung zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschliessend sichergestellt sei, und verlangt vom Regierungsrat einen Ergänzungsbericht.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64
Minderheit: Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon), 079 753 83 45

Motionen zum Pflegegesetz und Postulat für ein «Gesundheitszentrum Plus»

Bis zum Ende der Sitzung wird sich der Kantonsrat mit ein paar Vorstössen zu Gesundheitsthemen befassen. Gemeinsam behandelt, da inhaltlich in eine ähnliche Richtung zielend, werden die Motionen betreffend «Überarbeitung Gesetzgebung Pflege» von FDP-Kantonsrat Jörg Kündig ([KR-Nr. 312/2022](#)) und «Neues Pflege- und Betreuungsgesetz; Totalrevision Pflegegesetz», das SP-Kantonsrat Andreas Daurù eingereicht hat ([KR-Nr. 450/2022](#)). Der Regierungsrat beantragt beide Motionen zur Ablehnung. Ebenfalls ablehnen möchte die Regierung das Postulat betreffend «Pilotprojekt <Gesundheitszentrum Plus>», mit dem SP-Kantonsrätin Pia Ackermann den Regierungsrat einladen möchte, aufzuzeigen, wie ein Pilotprojekt für ein «Gesundheitszentrum Plus» aufgegleist werden kann, das sich inhaltlich an bestehenden Zentren in der Westschweiz orientieren soll ([KR-Nr. 60/2023](#)).

Jörg Kündig (FDP, Gossau), 079 412 58 61
Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64
Pia Ackermann (SP, Zürich), 079 774 22 33

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch